

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

Linux – wie weiter?

Solothurn, 20. Januar 2010 – Wegen der strategischen Bedeutung des Informatikprojektes zur Umstellung der kantonalen Verwaltung auf das Betriebssystem Linux lud die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantonsrats den Gesamtregerungsrat zu einer Aussprache ein. Der Regierungsrat lehnte es ab, in corpore zu erscheinen, und delegierte stattdessen den Landammann und den Finanzdirektor.

Aufgrund verschiedener Meldungen ist die GPK der Auffassung, dass das Linux-Projekt nicht von allen hierarchischen Ebenen der Verwaltung mit der nötigen Konsequenz und Loyalität durch- und umgesetzt wird. Deshalb lud sie den Gesamtregerungsrat zu einer Aussprache ein und hätte unter anderem wissen wollen, einerseits wie er als Kollegialorgan in das Linuxprojekt involviert ist und wie die einzelnen Departementsvorsteher in ihrem jeweiligen Departement mit der Linuxthematik umgehen, andererseits wie der Regierungsrat den Projektstand beurteilt und welchen Handlungsbedarf es gibt. Die GPK hätte zudem gerne erfahren, welche Führungsentscheide der Regierungsrat getroffen, wie er diese kommuniziert hat und wie die Entscheide von den obersten Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern mitgetragen und umgesetzt würden.

Mit Befremden musste die GPK aber zur Kenntnis nehmen, dass der Gesamtregerungsrat ihrer Einladung keine Folge leisten wollte und stattdessen schriftlich mitteilte, er erachte den Zeitpunkt für eine Aussprache als nicht ideal,

weil derzeit intensiv an der Umsetzung der schon lange beschlossenen Strategie gearbeitet werde. Ausserdem würden im Verlauf des Januars in Absprache mit der Finanzkontrolle externe unabhängige Fachpersonen beauftragt, die Art und Weise der Umsetzung der Strategie durch das Amt für Informatik zu überprüfen. Der Regierungsrat stehe hinter der Strategie, wolle aber im jetzigen Zeitpunkt davon absehen, eine Aussprache zu führen; er sei der Auffassung, dass der Informationsfluss über den Vorsteher des Finanzdepartements am besten gewährleistet sei. Der Regierungsrat beschied der GPK, an der Sitzung würden der Landammann und der Vorsteher des Finanzdepartements teilnehmen.

Diese Haltung war für die GPK nicht akzeptabel, weshalb sie beschloss, das Traktandum Linux von der Traktandenliste abzusetzen. Sie ist erstaunt, dass der Regierungsrat als Gesamtgremium und oberstes Leitungsorgan der Verwaltung diesem wichtigen und sensiblen Thema so geringe Bedeutung beimisst, dass er darüber mit der GPK keine Aussprache führen will. Daher zieht sie in Betracht, das Thema im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumente weiter zu verfolgen.